

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

16. WP - 36. Sitzung

Bildungsausschuss

16. WP - 33. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. März 2007, 13 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)	Vorsitzende
Ursula Sassen (CDU)	
Heike Franzen (CDU)	
Torsten Geerds (CDU)	
Niclas Herbst (CDU)	
Frauke Tengler (CDU)	
Wolfgang Baasch (SPD)	
Peter Eichstädt (SPD)	
Jutta Schümann (SPD)	
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	i. V. v. Dr. Heiner Garg

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Sylvia Eisenberg (CDU)	Vorsitzende
Susanne Herold (CDU)	
Wilfried Wengler (CDU)	
Hans Müller (SPD)	
Astrid Höfs (SPD)	i. V. v. Detlef Buder
Dr. Henning Höppner (SPD)	
Jürgen Weber (SPD)	
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Angelika Birk

Weitere Abgeordnete

Ulrike Rodust (SPD)
Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Anhörung

Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1079

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1107

(überwiesen am 30. November 2006 an den **Sozialausschuss** und den
Bildungsausschuss)

hierzu: Familienpolitik in Schleswig-Holstein ist eine Querschnittsaufgabe
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der
CDU
Drucksache 16/1068

Die Vorsitzende des federführenden Sozialausschusses, Abg. Tenor-Alschausky, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des federführenden Sozialausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Anhörung

Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1079

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1107

(überwiesen am 30. November 2006 an den **Sozialausschuss** und den
Bildungsausschuss)

hierzu: Familienpolitik in Schleswig-Holstein ist eine Querschnittsaufgabe
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der
CDU
Drucksache 16/1068

Arbeiterwohlfahrt

Frau Seitelmann-Busse, Abteilungsleiterin Kinderhäuser, Kiel, sowie Frau Naumann, Leiterin des Kinderhauses Sibeliusweg in Kiel-Mettenhof, berichten anhand des Beispiels Kinderhaus Sibeliusweg über die Entwicklung eines AWO-Kinderhauses hin zu einem Familienzentrum (Umdruck 16/1861).

Abg. Harms fragt nach der Finanzierung. Frau Naumann legt dar, in Kooperation mit dem Sozialzentrum Mettenhof seien Mittel umgelenkt worden. Ziel sei, weniger Geld für sozialpädagogische Familienhilfe auszugeben, weil bereits vorher sozialpädagogische Arbeit geleistet worden sei. Daneben werde ehrenamtliche Arbeit geleistet. Außerdem gebe es geringfügige Eigenbeiträge von Eltern, die aber keinesfalls kostendeckend seien.

Auf eine Frage des Abg. Baasch bekräftigt Frau Naumann, Ziel sei, die in den Leitgedanken formulierten kompetenten Angebote umzusetzen. Gegenwärtig führe sie Beratungsgespräche

mit Familien. Es gebe Zusammenarbeit mit den Erziehungsberatungsstellen und dem Amt für Soziales. Sie und ein Rechtsanwalt stünden für telefonische Beratung zur Verfügung. Sicherlich könne man sich noch mehr Angebote vorstellen, wenn weitere Institutionen zur Zusammenarbeit bewegt werden könnten.

Abg. Eisenberg erkundigt sich nach dem Haushalt, der Zahl der Mitarbeiter und Elternkursen.

Abg. Heinold fragt nach der Ausbildung des pädagogischen Personals und dem Fortbildungsangebot.

Abg. Sassen stellt Fragen nach Elterngruppen sowie Frühwarnsystemen.

Frau Naumann legt dar, das Kinderhaus finanziere sich nach den Richtlinien der Stadt Kiel. Ihr stehen ein Gesamtvolumen von knapp 500.000 € einschließlich der Gehälter zur Verfügung. Davon seien 125.000 € bewegliche Mittel, die sie verwalte. Sie habe zehn pädagogisch ausgebildete Mitarbeiter, drei Arbeitskräfte in der Küche beziehungsweise für die Reinigung sowie einen Hausmeister. Das Haus sei ein Mietobjekt.

Sie habe Teilaspekte ihrer Arbeit in Fortbildung eingebracht. Das sei aus dem Kinderhaushalt finanziert worden. Es gehe nämlich immer darum, die Arbeit vor Ort voranzubringen. Gegenwärtig bestünden Bestrebungen, das Haus als Early-Excellence-Center auszubauen; dafür seien zusätzliche Mittel notwendig.

Die Gruppen seien durchaus unterschiedlich. Der Spieltreff beispielsweise habe sich aus einer Kaffeegruppe entwickelt. Es gebe aber durchaus auch Gruppen, in denen es zu Meinungsverschiedenheiten komme.

Versucht werde, möglichst alle Eltern zu erreichen. Sie sehe zurzeit zwei Gruppen von Eltern, nämlich zum einen diejenigen, die sich eigenverantwortlich und selbstorganisiert trafen, die sich Hilfe organisieren könnten, und zum anderen die Gruppe, die auf den Weg gebracht werden müsse, die Unterstützung benötige, um überhaupt in die Lage versetzt zu werden, sich mit anderen zu treffen. Finde hier ein Austausch statt, würden die entsprechenden Angebote auch angenommen.

Sie könne sich durchaus den Aufbau eines Frühwarnsystems in ihrem Hause vorstellen. So sei beispielsweise seit 1997 eine Zusammenarbeit mit dem Amt für soziale Hilfe möglich. Derzeit werde eine Kooperation mit dem Sozialamt angestrebt, um unter anderem zu ermögli-

chen, Mütterberatung im Haus durchzuführen. Im Zusammenhang mit der Erziehungsberatung seien gute Erfahrungen gemacht worden.

Abg. Tengler fragt nach dem Bedarf, der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk an Beratungsstellen, nach Themen der Elternkurse und dem Inhalt der Mütterberatung. Abg. Rodust ergänzt diese Fragen nach Möglichkeiten, Hemmschwellen abzubauen und niedrigschwellige Angebote aufzubauen. Abg. Baasch möchte wissen, ob eine Vernetzung mit dem lokalen Bündnis für Familien oder dem Projekt Mehrgenerationenhäuser stattfindet.

Frau Naumann legt dar, derzeit habe die AWO in Kiel zwölf Kitas. Sie selbst leite das Kinderhaus seit zehn Jahren. Ihre Vision sei, sich möglichst schnell mit anderen zu vernetzen. So habe sie versucht, in persönlichen Gesprächen Kontakte mit Beratungsstellen aufzubauen. In diesem Zusammenhang weist sie auf die Stadtteilkonferenz hin, in der auch sie mitarbeite. Dort würden soziale Problempunkte besprochen. In dieser Konferenz seien 45 Einrichtungen vertreten.

Bedarf sei bei allen Familien vorhanden, allerdings in unterschiedlicher Weise. Inzwischen bestehe auch ein Vertrauensverhältnis zur Kita. Das habe dazu geführt, dass Eltern mehr und mehr nachfragten. Aufgrund ihrer Erfahrung sei sie durchaus in der Lage, bei Beratungsgesprächen zu entscheiden, ob zusätzlicher Sachverstand herangezogen werden sollte. Häufig finde ein erstes Kontakttreffen im Kinderhaus statt.

Die Themen für Elternkurse seien sehr unterschiedlich.

Dadurch, dass fachliche Beratung häufig im Kinderhaus selbst stattfinde, werde sie nicht so offensichtlich und daher gut angenommen.

Bei der Mütterberatung gehe es darum, dass jungen Müttern vonseiten des Jugendamtes zur Seite gestanden werde. Erörtert würden auch Gesundheitsfragen. Durchgeführt würden die Schulkinderuntersuchung sowie die Beratung für werdende Mütter.

Es bestehe durchaus Interesse an Mehrgenerationenhäusern; in diesem speziellen Kinderhaus gehe es aber darum, das Haus zu einem Familienzentrum weiterzuentwickeln.

Lokale Bündnisse für Familien seien ihr bekannt; derzeit arbeite sie dort aber noch nicht mit.

Frau Seitelmann-Busse legt dar, dass sie Mitglied im Bündnis für Familien sei. Geplant sei eine Diskussion mit Trägern der Industrie über arbeitszeitfreundliche Modelle. Das sei in Mettenhof aber derzeit noch nicht Praxis.

Caritas

Frau Reiche, Fachleitung Kindertagesstätten, führt aus, der Caritasverband stehe Familienzentren sehr positiv gegenüber. Auch in anderen Bundesländern und Städten gebe es Familienzentren des Caritasverbandes. So gebe es beispielsweise eine Koordinierungsstelle, die die Pläne und den Bedarf, der vor Ort vorhanden sei, strukturiere. Die Planung erfolge unter Einbeziehung von Fachleuten.

Frau Nilgens-Masuch stellt anhand von Overheadfolien (Umdruck 16/1862) die Situation der katholischen Kindertagesstätte St. Ansgar in Itzehoe vor.

Abg. Rodust fragt nach der Haltung hinsichtlich der Einführung einer Kindergartenpflicht sowie nach der Häufigkeit der Hausbesuche.

Abg. Franzen fragt nach der Organisation von Ferienprogrammen.

Abg. Eisenberg erkundigt sich nach dem Haushalt und den Mitarbeitern.

Frau Nilgens-Masuch antwortet, sie leite das Haus nunmehr seit 13 Jahren. Mittlerweile spreche sie sich für die Einführung einer Kita-Pflicht aus. Sie setze sich auch dafür ein, dass Kinder immer früher in Kitas kämen. Die Kita St. Ansgar nehme Kinder ab einem Alter von acht Wochen auf. Die Kinder, die die Kita besuchten, seien in ihrer Entwicklung wesentlich weiter als andere Kinder, die erst im Alter von drei Jahren die Kita besuchten. Sie stellt dar, dass Familien heute häufig nicht mehr den Hintergrund hätten, den sie früher gehabt hätten.

Hausbesuche seien - wie sie bestätigt - sehr zeitaufwendig. In der Hausgruppe seien überwiegend Kinder aus Migrantenfamilien. Hier würden mindestens viermal im Jahr Hausbesuche durchgeführt. Sie seien zwar anstrengend, aber auch erfolgreich. Dadurch würden die Eltern erreicht.

Bezüglich der Ferienangebote in den Schließzeiten könne auf in den Gemeinden aktive Jugendgruppen zurückgegriffen werden.

Der Haushalt habe ein Volumen von 700.000 € im Jahr. Im pädagogischen Bereich seien 16 Mitarbeiterinnen beschäftigt, außerdem seien zwei Hauswirtschaftskräfte und ein Hausmeister sowie ehrenamtliche Kräfte tätig. Diese seien überwiegend im Hortbereich und bei der Hausaufgabenbetreuung tätig.

Auf eine Frage der Abg. Heinold nach der Entwicklung der Kindertagesstätte macht Frau Nilgens-Masuch deutlich, dass die Katholische Kirche gerade in diesem Bereich sehr innovativ sei. So sei ihre Tagesstätte zum Beispiel die erste gewesen, die Kinder unter drei Jahren aufgenommen habe. Außerdem gebe es eine aktive Elternschaft und einen Träger, der auf die Wünsche der Eltern eingehe. Wenn man etwas für Familien tun wolle, sei es wichtig, mit den Familien und ihren Bedürfnissen mitzugehen.

Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS)

Frau Marxen gibt einen Überblick über die Entwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren und orientiert sich dabei in groben Zügen an dem aus Umdruck 16/1864 ersichtlichen Bericht.

Auf Fragen des Abg. Harms plädiert sie dafür, zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln, die das gesamte Spektrum einer gesellschaftlichen Entwicklung ins Auge fassen. Setze man auf das Thema Familie, Nachbarschaft, tue man etwas für das Gemeinwesen. Kindertagesstätten hätten die Politik häufig überholt. Die Einbindung in das Gemeinwesen sei etwas, das in den Kindertagesstätten seit langem erfolge. Dafür müsse man werben. Dabei spielten insbesondere die Konstellationen vor Ort eine wichtige Rolle. Möglicherweise seien nicht alle Entwicklungen unter einem Dach möglich; was allerdings möglich sei, sei eine Vernetzung. Dazu gehörten auch die Kitas. In diesem Zusammenhang plädiert sie für eine zumindest teilweise Freistellung der Leitungsperson für Leitungsaufgaben.

Abg. Tengler stellt die Frage in den Raum, dass es keinen Prototyp eines Nachbarschaftszentrums gebe. Im Übrigen stellt sie fest, dass sich bereits viel entwickelt habe, bevor die politische Diskussion dazu geführt worden sei. Sie weist in diesem Zusammenhang auf Freiwilligkeit hin und unterstreicht die Aussage, dass es sich bei der Weiterentwicklung von Kindertagesstätten nicht um ein Defizit handle.

Abg. Dr. Klug erkundigt sich nach unterschiedlichen Ansätzen im städtischen und im ländlichen Raum.

Frau Naumann macht deutlich, dadurch, dass Familien immer wieder in ein Haus kämen, bestehe die Möglichkeit, diese im Rahmen der Vernetzung anzusprechen. Dies sei auch im Zusammenhang mit Ferienangeboten möglich.

Frau Marxen gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, dass eine Einigung dahin erfolgen müsse, welches Konzept landesweit verfolgt werden solle. Konzeptionell könne es durchaus Unterschiede geben, aber das Ziel müsse definiert werden. Es gehe um eine flächendeckende Weiterentwicklung der Kindertagesstätten. Der Ansatz, generationenübergreifend zu arbeiten, gelte sowohl für den städtischen als auch für den ländlichen Bereich. In diesem Zusammenhang weist sie auch auf das Modellprojekt Mehrgenerationenhaus (Umdruck 16/1865) hin.

Auf eine Nachfrage des Abg. Baasch hinsichtlich der Ausbildung macht Frau Marxen deutlich, dass sie diese im Grunde nicht mehr für zeitgemäß halte, auch wenn sich die entsprechenden Einrichtungen bemühten. Für außerordentlich wichtig halte sie Fortbildung. In diesem Bereich müsse mehr investiert werden. Außerdem sei auf Landesebene mehr Fachberatung notwendig. Wolle man auf gleicher Augenhöhe mit den Familien arbeiten, müssten auch diese in Ansätzen in Fort- und Weiterbildung eingebunden werden.

Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein (VEK)

Herr Potten, der Geschäftsführer des VEK, gibt den aus Umdruck 16/1883 ersichtlichen Bericht ab.

Anschließend stellen Frau Heyn, die Leiterin des evangelischen Kindergartens Borby-Eckernförde, sowie Frau Brozio anhand von Folien (Umdruck 16/1863) die Ausgangssituation sowie die Entwicklung des evangelischen Kindergartens Borby-Eckernförde hin zum Familienzentrum Eckernförde dar.

Abg. Heinold richtet an Herrn Potten die Frage, inwieweit er die Möglichkeit sehe, die Arbeit der Familienbildungsstätten dahin zu verändern, dass eine größere Vernetzung mit der Arbeit von Kindertagesstätten stattfinde. - Herr Potten äußert die Ansicht, die größte Gefahr sei, wenn das Prinzip eines Closed Shops angewandt werde. Kindertagesstätten und Familienbildungsstätten arbeiteten häufig eng zusammen. Daraus entstünden neue Dinge, die über die Arbeit traditioneller Art hinausgingen.

Auf eine Nachfrage der Abg. Rodust legt Frau Hayn detailliert die Öffnungszeiten sowie die Zeiten für Beratungen im Familienzentrum Eckernförde dar.

Abg. Baasch stellt Nachfragen zum Thema Tagespflege. Frau Brozio weist auf die bestehende Gesetzeslage hin. Sie berichtet von Bemühungen des Familienzentrums Eckernförde, die Kindertagespflege an der Kita einzubinden. Sie hält es für wünschenswert, wenn diejenigen, die Kindertagespflege durchführten, eine entsprechende Ausbildung hätten. Im Kreis Eckernförde werde mit 120 Stunden zuzüglich eines Praktikums qualifiziert.

Frau Marxen führt an, Eltern wünschten vermehrt eine qualifizierte Betreuung von unter Dreijährigen.

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Frau Dr. Wieland gibt den aus Umdruck 16/1882 ersichtlichen Bericht ab.

Abg. Heinold fragt nach den drei in Nordrhein-Westfalen angebotenen Modellen. Frau Dr. Wieland legt dar, Modellvariante eins verknüpft mit der Immobilie, bei der alle Angebote unter einem Dach seien, Modellvariante zwei diejenige, wo es in der unmittelbaren Nähe entsprechende kompetente Anlaufstellen gebe, und Variante drei eine Mischform aus den Varianten eins und zwei. Die Praxis habe gezeigt, dass überwiegend die Mischform gewählt werde.

Die Vorsitzende des federführenden Sozialausschusses, Abg. Tenor-Alschausky, schließt die Sitzung um 16 Uhr.

gez. Siegrid Tenor-Alschausky

Vorsitzende

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin

AWO-Familienzentren

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 1 6 / 1 8 6 1

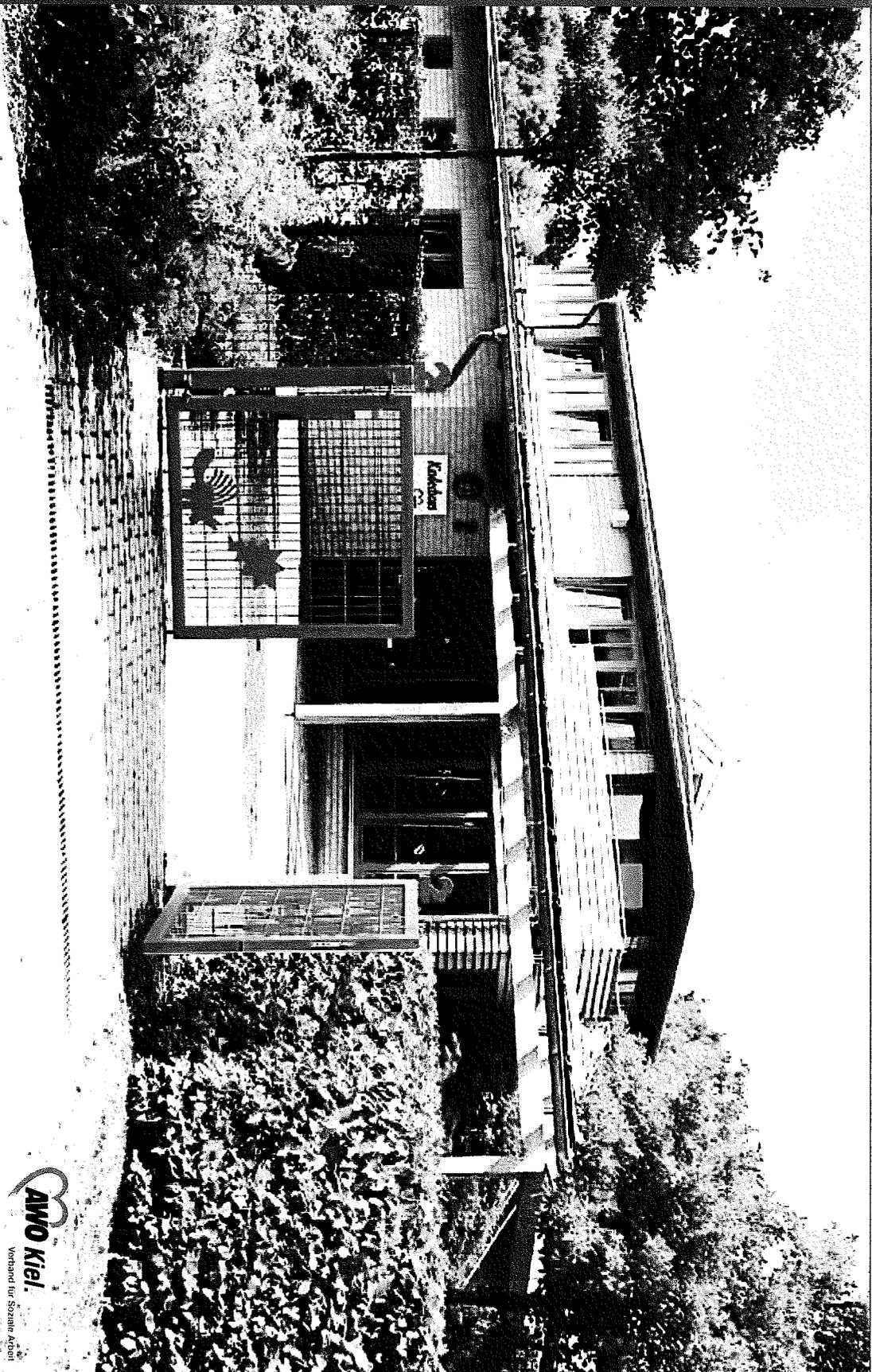


Verband für Soziale Arbeit

**AWO-Kinderhäuser
werden zu
Familienzentren**

AWO-Familienzentren

Entwicklung des AWO-Kinderhauses Sibeliusweg
zum Familienzentrum



AWO-Familienzentren

Entwicklung des AWO-Kinderhauses Sibeliusweg zum Familienzentrum

Unser Leitgedanke

- sozialraumorientierte Hilfsangebote für Familien, insbesondere in schwierigen Lebenslagen
- Komplettangebote von Lebens- über Berufs-, Rechts- und Erziehungsberatung bis hin zu Kurs- und Therapieangeboten mit anderen Trägern

Unsere Partner sind

- Familien aus dem jeweiligen Sozialraum
- Familien in besonders schwierigen Lebenslagen
- Kooperationspartner wie: Jugendhilfe, Schule, Beratungsstellen,...

AWO-Familienzentren

- Vernetzung mit anderen Institutionen im Sozialraum
- die Arbeit mit sozial benachteiligten Familien ist Alltag
- Eltern sind unsere Bildungspartner
- Vernetzung mit Partnern aus den Bereichen Jugendhilfe, Beratungsstellen, Arbeitsagenturen, Schulen ...

Voraussetzungen schaffen...

AWO-Familienzentren

Familien-
mitwirkung...

- Spielplatznutzung an den Wochenenden und in den Ferien
- Kinderhausnutzung für Veranstaltungen
- Elternecke als täglicher Treffpunkt
- Eltern-Kind-Gruppen
- „Mettenhofer Floh“
- multikulturelle Elternbibliothek mit Hörstation für Kinder

Voraussetzungen schaffen...

AWO-Familienzentren

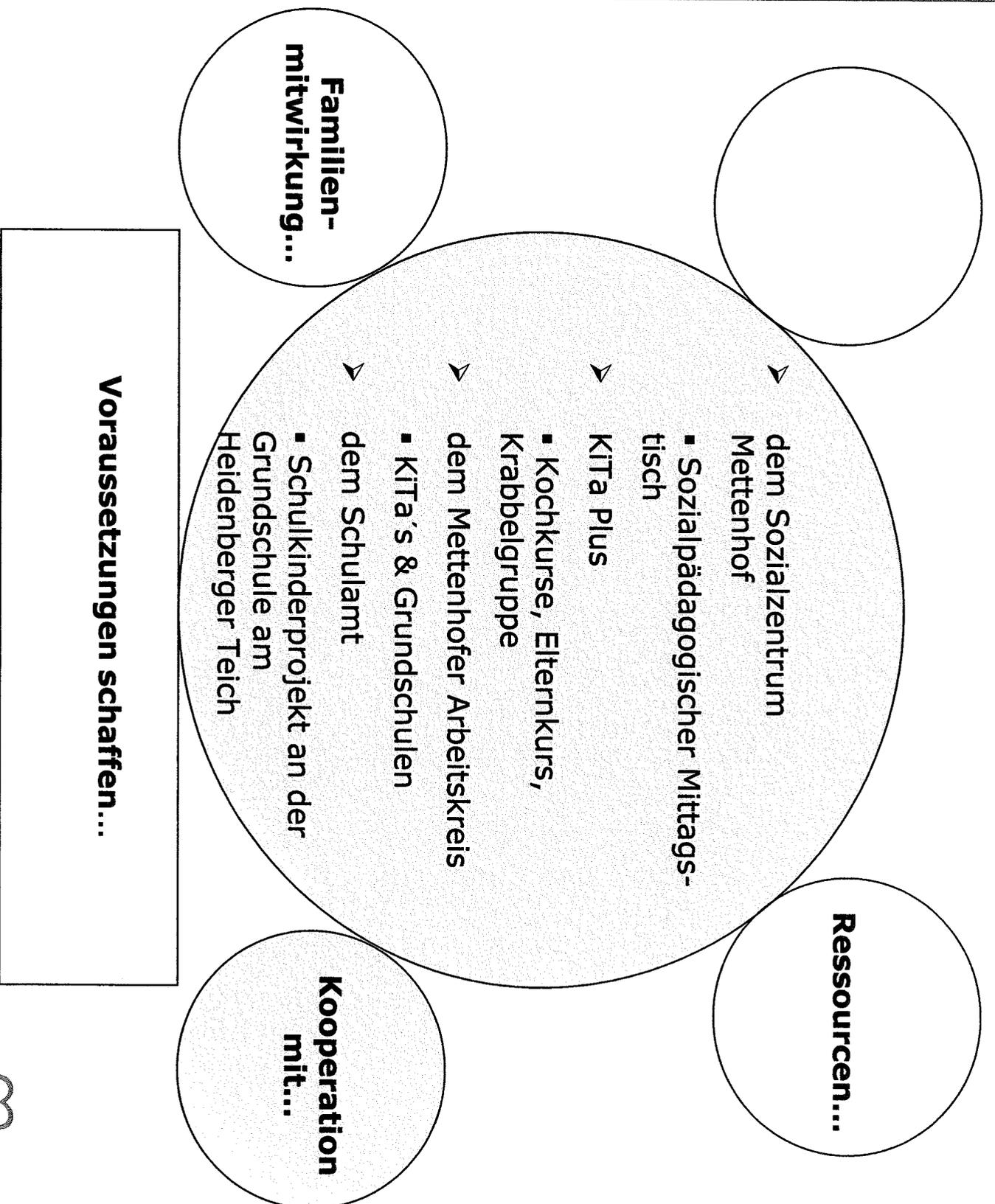
**Familien-
mitwirkung...**

- Finanzmittel ressourcen-orientiert zur Verfügung stellen
- Fort- und Weiterbildung der beteiligten Fachkräfte
- abgeschlossener Bereich innerhalb des Kinderhauses
 - mit entsprechendem Inventar
 - fachliche Begleitung an den Wochenenden
- Kooperationsmöglichkeiten zwischen Wirtschaft und sozialen Einrichtungen vermitteln

Ressourcen...

Voraussetzungen schaffen...

AWO-Familienzentren



AWO-Familienzentren

Unterstützende Angebote...

- Familienorientierte Angebote
 - Elternkurs
- Themenorientierte Elternabende
 - Erziehung, Ernährung, Sprache, ...
- Unterstützung für Familien in besonderen Lebenslagen
- Kontaktvermittlung zu Therapeuten, Ärzten, Beratungsstellen, Ämtern, ...

Ressourcen...

**Familien-
mitwirkung...**

**Kooperation
mit...**

Voraussetzungen schaffen...

AWO-Familienzentren

Unterstützende Angebote...

**Familien-
mitwirkung...**

Schlußfolgerungen

für eine erfolgreiche Weiterentwicklung:

- Anbindung an ein Kinderhaus
 - notwendige Vertrauensbasis ist vorhanden
- Bekenntnis zur Kooperation im Sozialraum
- zusätzliche Finanzmittel werden zur Verfügung gestellt
 - eigene Räumlichkeiten mit entsprechendem Inventar schaffen

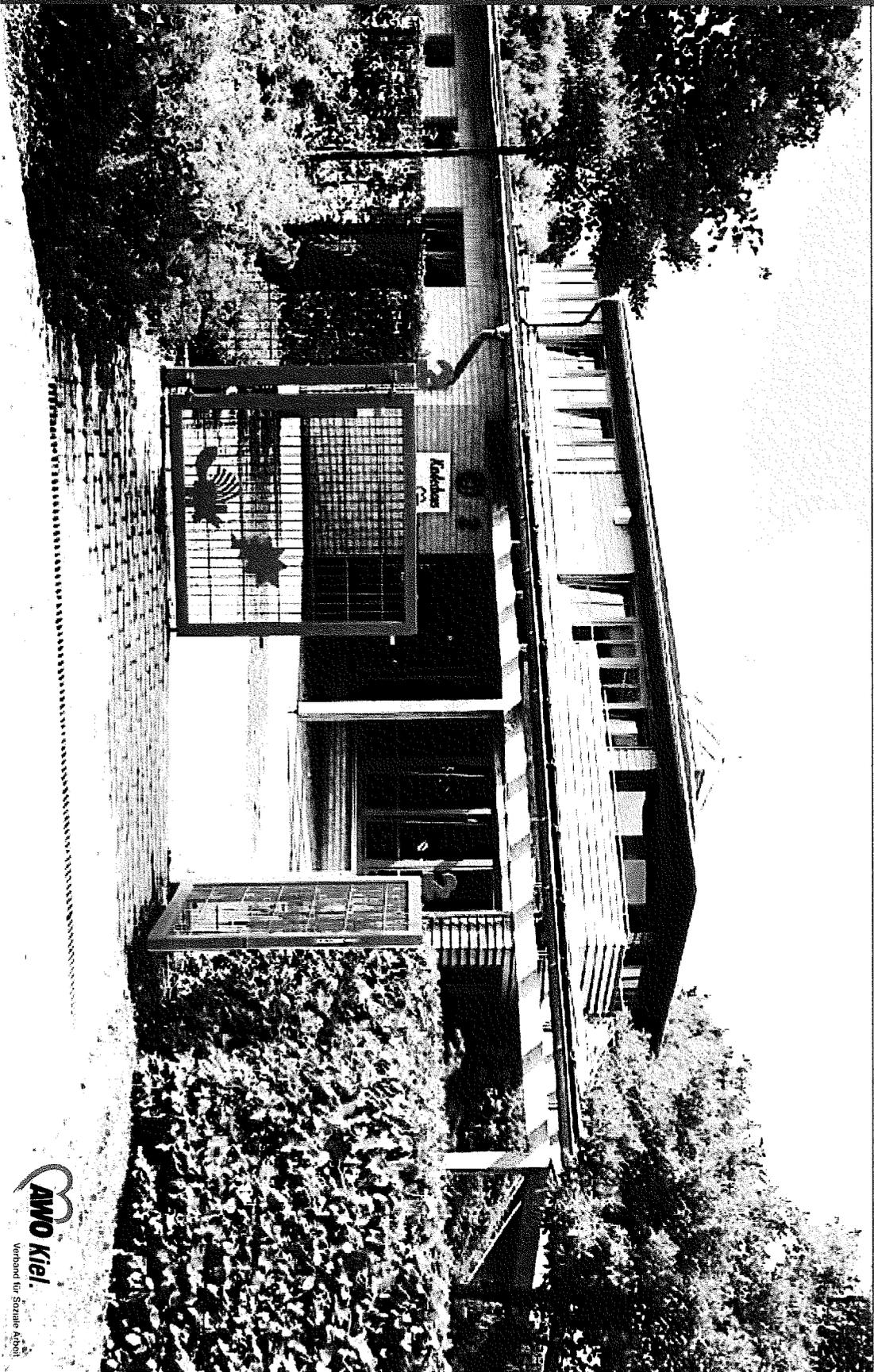
Ressourcen...

**Kooperation
mit...**

Voraussetzungen schaffen...

AWO-Familienzentren

**AWO-Kinderhäuser
werden zu
Familienzentren**



Katholische Kindertagesstätte

**St. Ansgar
Coriansberg 20
25524 Itzehoe**

Marion Nilgens-Masuch

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 1 6 / 1 8 6 2

Anzahl der Plätze: 106

davon sind:

15 Hortplätze

76 Regelgruppenplätze

15 Krippenplätze

Gruppen:

1 Hortgruppe

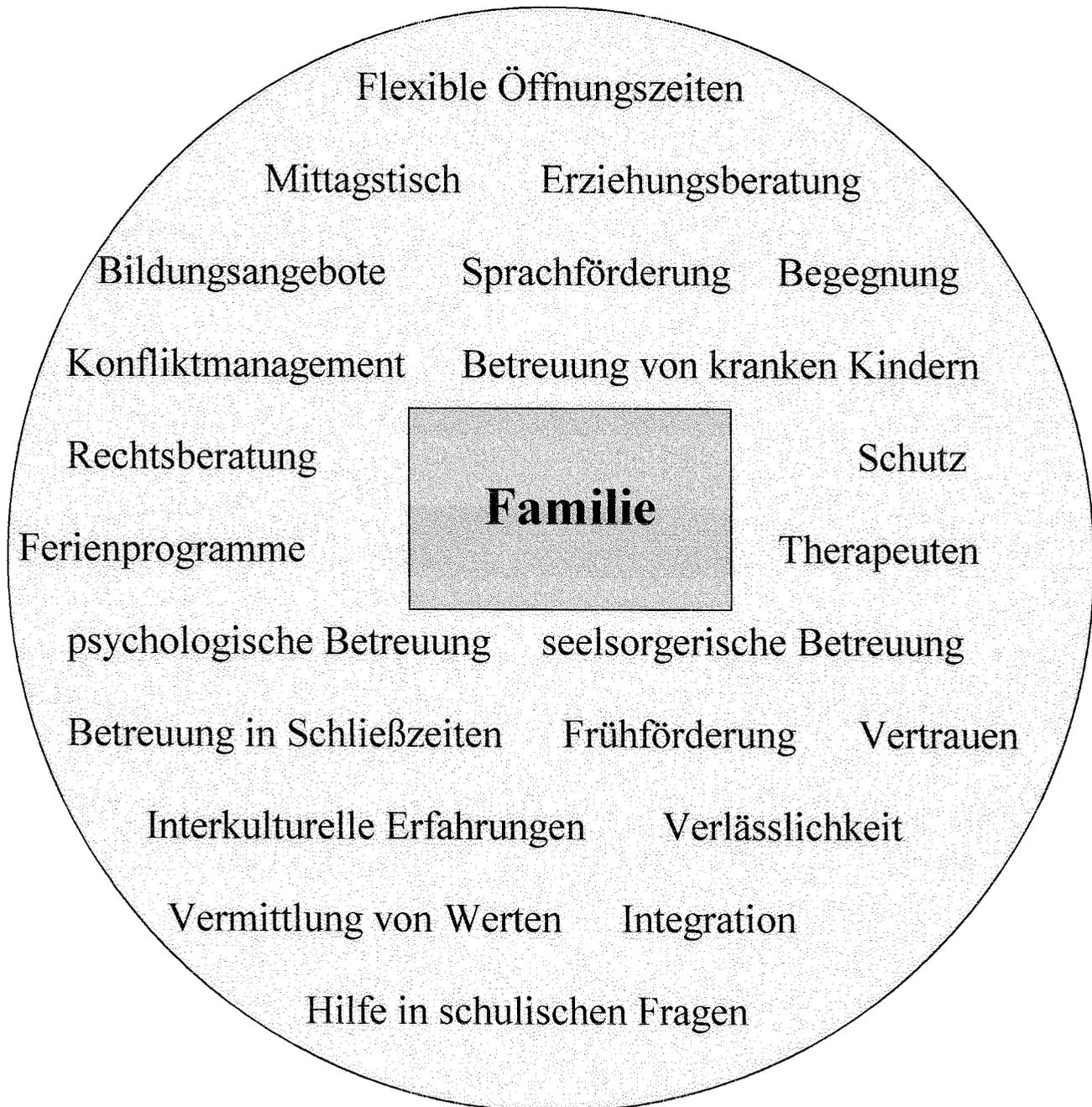
3 Regelgruppen

1 altersgemischte Gruppe

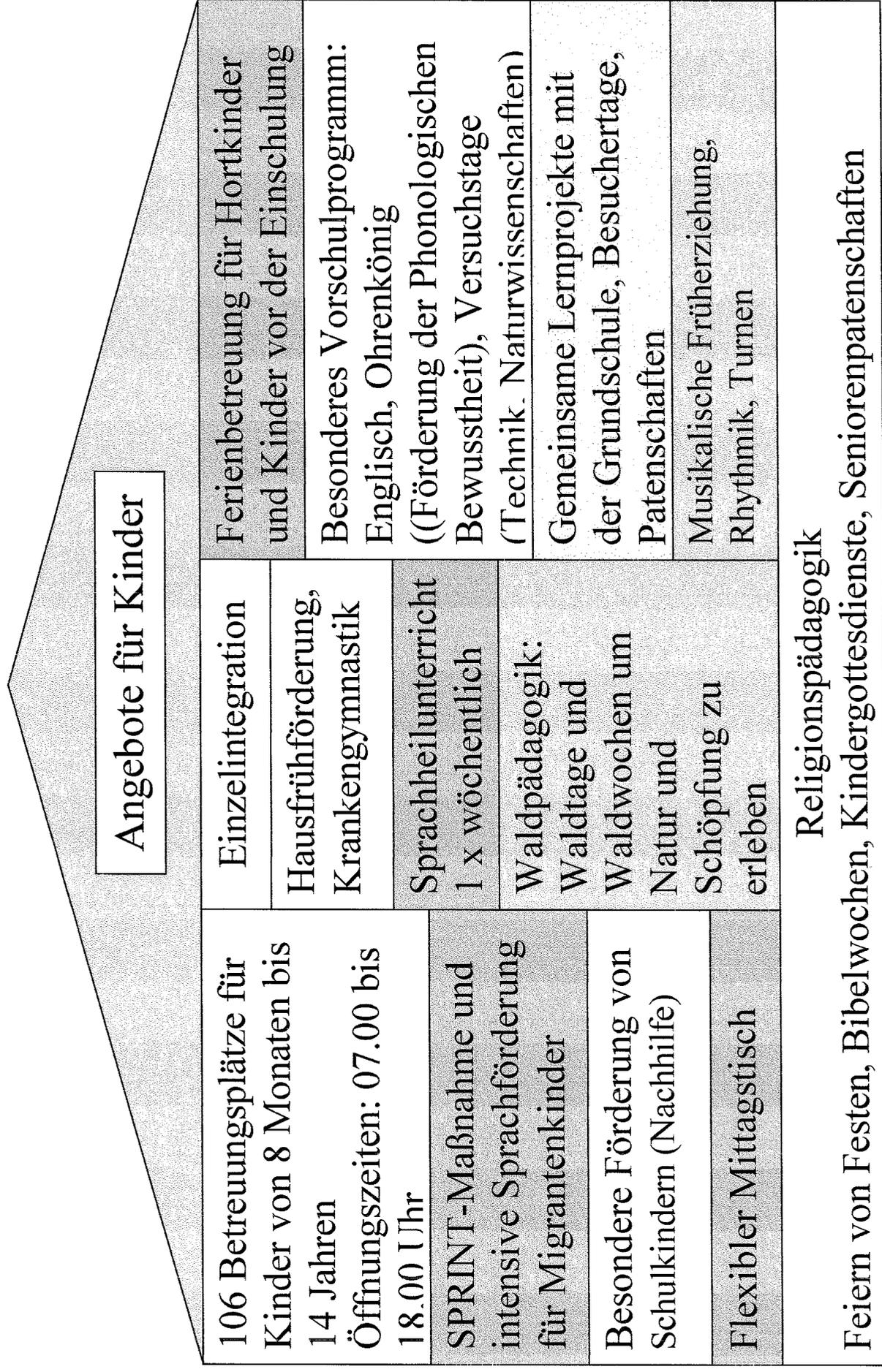
1 Krippengruppe

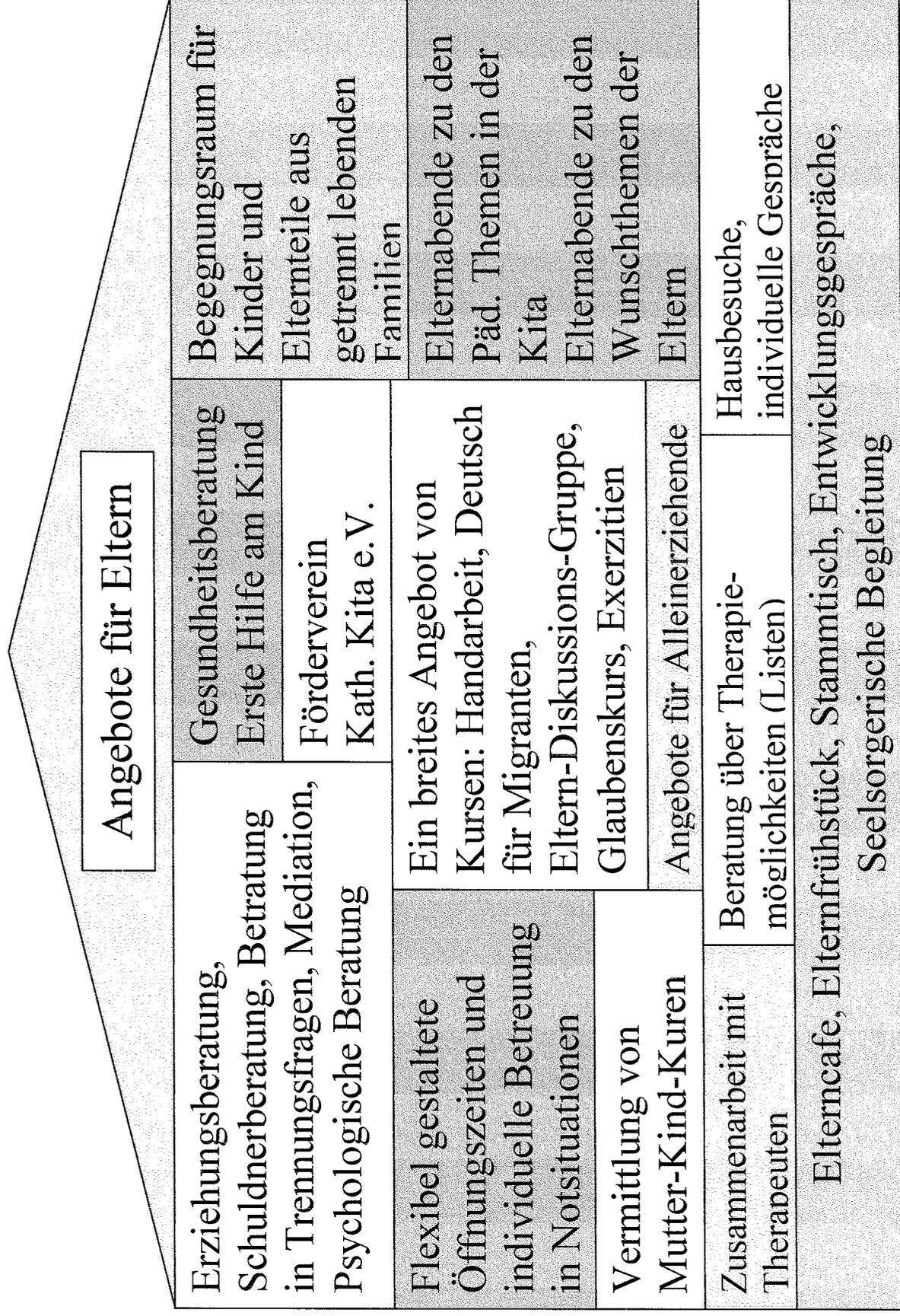
Von 70 % der Kinder arbeiten beide Elternteile bzw. bei Alleinerziehenden der betreuende Elternteil.
23 % der Kinder haben Deutsch nicht als Muttersprache.

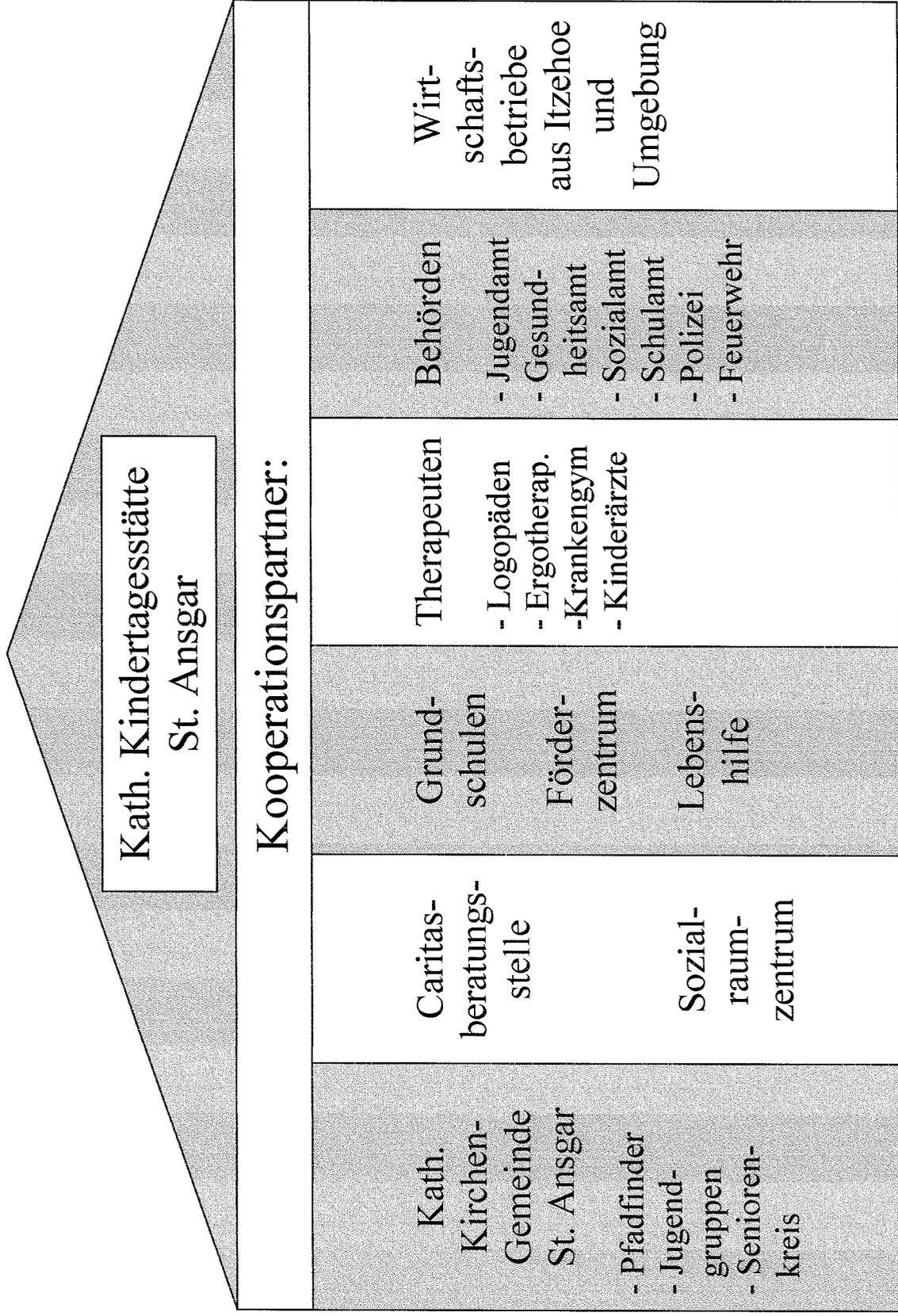
Welche Wünsche haben Familien an die Kindertagesstätte?



Vereinbarkeit von Familie und Beruf!







Die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren

Leitlinien und Handlungsorientierung

Eine familienfreundliche Politik ist für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft ein zentrales Anliegen quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppen. Zentraler Baustein dafür ist eine soziale Infrastruktur, die das Heranwachsen der nachfolgenden Generationen fördert und unterstützt, die gleichzeitig zukunftsfähige Modelle zur Erhaltung von Lebensqualität für junge Familien, insbesondere auch in ländlichen Regionen schafft (demographischer Wandel: Verlust von Bildungseinrichtungen/KiTa/Schule).

Die konzeptionelle Leitorientierung derartiger Ansätze ist nicht neu (aktueller 12. Kinder- und Jugendbericht, Modellprojekt „Orte für Kinder“, Mütterzentren, etc.). Grundsätzlich bilden das KJHG, das KiTaG und die Bildungsleitlinien des Landes Schleswig-Holstein den Rahmen für eine entsprechende Ausprägung der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren. Es gilt, diesen gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen.

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 1 6 / 1 8 6 4

Arbeitsfeld spezifischer Kontext:

Innerhalb der sozialen Infrastruktur für Familien stellt sich die Kindertageseinrichtung sowohl quantitativ als auch hinsichtlich ihrer strukturellen Verankerung als eine zentrale Angebotsform dar. Sie erreicht als niederschwelliges Angebot heute fast alle Familien mit Kindern im Vorschulalter.

Ihre Potentiale und Ressourcen umfassen die kontinuierliche langanhaltende Beziehung zu Kindern und Eltern, ihren großen fachlichen Gestaltungsspielraum, sowie ihre Orientierung am Sozialraum und an den Lebenslagen von Familien. Sie nimmt somit eine Schlüsselfunktion in dieser Entwicklung ein.

Das Profil

- Familien-Nachbarschaftszentren, die sich aus Kindertageseinrichtungen entwickeln sind institutionelle Arrangements für **alle Generationen unter einem Dach aus einer Hand**, die in ihrer Angebotsstruktur über die herkömmliche Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Alter zwischen 3-6 Jahren hinausgehen.
- Es gibt **keine thematische Begrenzung** bis hin zur Begegnung unterschiedlicher Generationen.
- Es gibt **keinen Prototyp**.
- Nachbarschafts-Familienzentren sind **kein Benachteiligtenprogramm**, sondern ein **zielgruppenspezifisches** Programm, das **bedarfsgerecht** konzipiert auf die soziale Struktur des Einzugsgebietes ausgerichtet sein muss.
- Die Zentren streben die Auflösung der Verzahnung von Angebotsformen zur Unterstützung und Hilfestellung von Familien durch eine enge Vernetzung derselben an (Familienbildung/Familienhilfe/Lokale Bündnisse).
- Die Zentren brauchen eine Verankerung in einem kommunalen, landesweiten Gesamtkonzept, das die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und die Förderung und Unterstützung von Familien ins Zentrum politischen Handelns stellt, (zur Vermeidung von „Rest-Kita's / zur Vermeidung von Doppelangeboten)
- Die Schwerpunktumsetzung, insbesondere bezüglich weiterer Bausteine, orientiert sich an den Möglichkeiten der „Kern-KiTa“ - Personal – Räumlichkeiten – Vernetzungspartner und insbesondere an den Bedarfen des Einzugsgebietes.

Die Weiterentwicklung der ADS-Kindertageseinrichtung zum Nachbarschaftszentrum

Ziele dieser Weiterentwicklung seit 1995 sind:

- 1) Entwicklung von Lernwerkstätten für Kinder von 0 – 6 Jahren
- 2) Stärkung der Bildungs- und Erziehungsfunktion von Familien
- 3) Qualifizierung, Fortbildung von Erzieherinnen, Eltern und Ehrenamtlern
- 4) Freiwilligendienste
- 5) Netzwerkbildung - Kooperation
(ADS-Familienbildungsstätte / Schulen / Phänomenta / IHK / Kommunen / Universität
Flensburg / Vereine / Verbände, etc.)
- 6) Gemeinwesen – Sozialraumorientierung

Grundprinzipien der pädagogischen Arbeit

- Im Mittelpunkt unseres pädagogischen Handelns steht das Kind in seiner ganzheitlichen Entwicklung

→ **Stärken erkennen und fördern**

Wir nehmen das Kind in seinen Stärken und Kompetenzen wahr. Unser Ziel ist es, diese zu beobachten, zu dokumentieren, zu fördern und zu fordern.

- Partizipation gilt als Querschnittsaufgabe.
- Nach dem Situationsansatz ist die Lebensweltorientierung Grundlage und Prinzip unserer pädagogischen Arbeit.
- Die Bildungsleitlinien des Landes Schleswig-Holstein bilden zur Ausgestaltung und Erreichung der Bildungsziele den Rahmen.
- Das gilt im gleichen Umfang für die Zusammenarbeit zwischen Schule und Kindertageseinrichtung.

In unserem offenen Konzept ist die Ausweisung von Funktionsräumen mit entsprechenden Tätigkeitsmerkmalen bereits weit vorangeschritten, die **Weiterentwicklung zu Lernwerkstätten** ist die konsequente Fortsetzung.

Erweitertes Bildungsverständnis im Nachbarschaftszentrum

Das Bildungsverständnis – **Bildung ist Selbstbildung** – verfolgt in Kindertageseinrichtungen der ADS eine neue Lern- und Bildungskultur, die sich pädagogisch und ökonomisch als zukunftsfähig erweist. Das setzt bei den am Prozess beteiligten Personen ein neues Denken und Handeln, eine erhöhte Professionalität und eine klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten voraus. Kinder sollen für ihr gegenwärtiges und zukünftiges Leben in der sozialräumlichen Ausrichtung ihres Lern- und Lebensortes „Nachbarschaftszentrum“ über die originären Bildungsaspekte hinausgehende **Zukunftskompetenzen** erwerben: Zusammenhangs-, identitäts-, technologische, Gerechtigkeits-, ökologische, historische und ökonomische Kompetenz.

Eltern sind Experten ihrer Kinder

Im Mittelpunkt unseres Projektes wird die veränderte Arbeit mit den Eltern stehen

Wissenschaftliche Erkenntnisse verweisen seit Jahrzehnten darauf, dass die Familie die wichtigste Bildungsinstitution darstellt. Der Einfluss der Familie, wie auch deren sozioökonomischer Status, sind signifikant bezogen auf mögliche Bildungsabschlüsse. Kinder erwerben in ihren Familien die meisten psychomotorischen, sozialen, affektiven und sprachlichen Kompetenzen. Das gilt in gleicher Weise für die Einstellung zum Lernen, die Leistungsmotivation, die Selbstkontrolle und die Frustrationstoleranz. Kinder kommen mit völlig unterschiedlichen Voraussetzungen in die Kindertageseinrichtung. **Der Reformeifer nach PISA hat die Familie als die wichtigste Bildungsinstitution bisher nur unzureichend berücksichtigt.** Der Erfolg eines Maßnahmenkataloges, z. B. der frühen Sprachförderung, bleibt bruchstückhaft, wenn im Elternhaus ausschließlich Türkisch gesprochen wird, wenn Bücher nicht zur Alltagskultur eines Kindes zählen.

Die Kindertageseinrichtung erreicht wie später die Schulen Familien flächendeckend.

Die Einbindung der Eltern in eine **Bildungs- und Erziehungspartnerschaft** muss sich verstärkt auf die **Bildungsfunktion von Familien** konzentrieren. Das setzt einen engen Kontakt zwischen Eltern und Erzieherinnen voraus, damit erstere wissen, wie sie außerfamiliäre Bildungs- und Erziehungsbemühungen zu Hause unterstützen können. Eine kontinuierliche Dokumentation von Bildungs- und Entwicklungsprozessen jedes einzelnen Kindes bildet im regelmäßigen Austausch mit den Eltern hierfür die Grundlage.

Familien als Co-Produzenten von Bildung fordern ein höheres Maß an Teilhabe und Mitwirkung in Kindertageseinrichtungen ein. Das verlangt einen professionellen Umgang zwischen Laien und Profis.

Qualifizierung und Fortbildung für Erzieherinnen, Eltern und Ehrenamtler

Zur Qualitätsentwicklung und –sicherung der pädagogischen Arbeit sind die pädagogischen Mitarbeiter der ADS verpflichtet, im Rahmen ihrer Tätigkeit entsprechende Angebote wahrzunehmen. Die interne ADS-Fortbildung für Erzieherinnen wird unter anderem gewährleistet durch die Angebote der Konsultationskindertagesstätten, der Familienbildungsstätte, der Referentin für Kindertageseinrichtungen, deren Instrument der Praxisberatung und über externe Referenten. Partielle Beteiligung von Eltern ist über die Familienbildungsstätte möglich. Eine Ausweitung auf das Gesamtangebot ist geplant. Das gilt auch für ehrenamtlich tätige Personen in unseren Kindertageseinrichtungen (Sprachmittler). Externe Fort- und Weiterbildungsangebote anderer Anbieter stehen unseren Mitarbeitern grundsätzlich offen, soweit es die Belange der Einrichtung zulassen.

Generationsoffene Freiwilligendienste im Nachbarschaftszentrum

Auf der Basis der Lebensweltorientierung des pädagogischen Konzeptes und der Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtung zum Nachbarschaftszentrum streben wir den Aufbau eines **generationsoffenen Freiwilligendienstes** an. Ziel ist die Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement in allen relevanten Bereichen des Zentrums. Das Einsatzfeld ist prädestiniert und bereit, Rahmenbedingungen für Engagement zu entwickeln und bereitzustellen und für eine Nachhaltigkeit Sorge zu tragen. Die vielfältigen partizipativen Tätigkeitsfelder für Freiwillige sollen den Möglichkeiten der Einrichtungen und der Freiwilligen angepasst sein. Freiwillige übernehmen die für die ihnen anvertrauten Aufgaben Verantwortung und verändern das Selbstverständnis der Institution. Das bürgerschaftliche Engagement wird in das Leitbild, das Qualitätsmanagement und die Organisationsentwicklung der Einrichtung eingebunden. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen begreifen Freiwillige als Bereicherung der Einrichtungsstruktur und des –angebotes. Freiwillige partizipieren an Team- und Entscheidungsprozessen.

Zur Qualitätsentwicklung und –sicherung des Aufbaues von Freiwilligendiensten in ADS-Kindertageseinrichtungen fungieren seit Mai 2005 zwei Koordinatorinnen aus den Reihen der pädagogischen Mitarbeiterinnen der ADS. Sie werden gemeinsam mit den Leitungen unserer Einrichtungen und den bereits tätigen Freiwilligen ein Konzept entwickeln.

Netzwerkbildung und Kooperation

Kindertagesstätten sind als Einrichtungen der Jugendhilfe Bildungseinrichtungen ganz besonderen Zuschnitts. **Bildungs- und Netzwerkarbeit gehören hier zusammen** und sind Ausdruck einer institutionenkritischen, partizipatorischen Erziehungspraxis mit Kindern, Das Partizipationsangebot des KJHG und seine Aufforderung zur Erziehungspartnerschaft mit den Eltern weisen in diese Richtung.

Der Bildungsauftrag macht es notwendig, dass Kindertagesstätten Netzwerke bilden. So soll der Segmentierung von Lebens- und Lernorten entgegengewirkt werden, um **generationenübergreifende Bildungsbegegnungen** zu eröffnen (siehe „Erweitertes Bildungsverständnis“). Dies kennzeichnet innovative Bildungsarbeit. Zur Umsetzung dieses präventiven Ansatzes bedarf es struktureller und qualifikatorischer Voraussetzungen. Es gilt, ein Profil der Kindertageseinrichtung als Nachbarschaftszentrum herauszuarbeiten.

Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Das Nachbarschaftszentrum verfolgt das Ziel, eine familienfreundliche und soziale Infrastruktur zu schaffen. **Das Zentrum versteht sich als Produzent sozialen Mehrwertes.**

- Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Alters, sozialer und nationaler Herkunft im Sozialraum soll gefördert werden.
- Das Nachbarschaftszentrum verfolgt das Konzept, Kinder, Jugendliche, Erwachsene, alte Menschen, Hilfsbedürftige, Erwerbstätige und Arbeitslose zueinander finden zu lassen. Das braucht definierte Orte. Die Trennung zwischen Arbeit, Freizeit, Privatheit und Öffentlichkeit soll durchlässiger werden.
- Das Nachbarschaftszentrum ermöglicht Bildung, Beratung, Betreuung unter einem Dach (niederschwelliges Angebot – kurze Wege – vertraute Personen).
- Familie soll gestärkt und unterstützt werden.
- Die Bildungs- und Erziehungskompetenz von Eltern gilt es zu stärken.
- Das Zusammenleben in Familien soll durch Impulse, Anregungen, Vorbild gefördert werden.
- Es gilt, Frauen zu stärken.
- Eigeninitiative und Ehrenamt sollen aktiviert werden.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir unternehmen den Versuch, unter den Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts zukunftsweisende Bildungskonzepte und ökonomisch tragfähige Modelle der Integration von Familien-Alltag und Arbeit neu im Gemeinwesen zu verankern. Es gilt, wegzukommen von versäulten Strukturen. hin zu einem vernetzten Miteinander.



Mehr
Generationen
Haus

Starke Leistung für jedes Alter.

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 1 6 / 1 8 6 5

ADS – Kindergarten „Süderlücke“

In unser Einrichtung für ca. 100 Kinder und ihre Familien stehen seit Inbetriebnahme von 1974 die Bildungsprozesse der Kinder und die Einbeziehung der Eltern im Mittelpunkt.

Unter dem Motto: „Den Stein ins Rollen bringen“ wurde 1995 die Umgestaltung der Kindertageseinrichtung zu einem offenen Zentrum in Kooperation mit dem Haus der Familie betrieben. Das Haus der Familie ist für die Region Flensburg schon seit Jahrzehnten eine kompetente und verlässliche Anlaufstelle für Familien und Familienmitglieder in allen Lebensphasen und allen Formen des Zusammenlebens. Unter seinem Dach arbeiten eine Familienbildungsstätte, ein Beratungszentrum mit einem sehr breiten Spektrum, KIBIS, eine Kontakt- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich und ein Seniorentreff räumlich, inhaltlich

und personell eng zusammen. Ein Mehrgenerationenhaus seit 1954.

Unter dem Titel „**Raum für Familien im Stadtteil**“ entwickelten sich das Elterncafe` mit seinen 6 Bausteinen, Beratungs- und Kursangebote für Eltern und andere Interessierte im Stadtteil, sowie Fortbildung für Erzieherinnen und Eltern.

Weitere Segmente des Konzeptes sind die integrierte Tagespflege, die Öffnung für Senioren im Sozialraum , die Seniorenbegegnungsstätte und die Fremdnutzung der Räumlichkeiten für Eltern und Interessengruppen im Stadtteil.

Mit dem Zuschlag des Bundesfamilienministeriums im Rahmen des Modellprojektes „**Mehrgenerationenhaus**“ entwickelte sich die Kindertageseinrichtung „Süderlücke“ weiter.

Am 13. Februar 2007 feierten wir mit einem
„Tag der offenen Tür“ die offizielle Einweihung zum
Mehrgenerationenhaus.

Wir haben in enger Zusammenarbeit mit dem Haus der
Familie die Angebotspalette erweitert und fast täglich
kommen neue Ideen hinzu, die durch Menschen, die unser
Haus besuchen mitgetragen werden.

**Das Mehrgenerationenhaus Süderlücke ist ein Raum
für Familien im Stadtteil**, das lebt durch die Menschen,
die

- . Zeit spenden,
- . Ihre Erfahrungen einbringen und
- . Verantwortung übernehmen für ihre Mitmenschen, für
das Gesamtprojekt „Mehrgenerationenhaus.

Durch die engagierte Mitarbeit aller hier Tätigen hat sich
die ADS – Kita „Süderlücke“ zu einem wesentlichen
Qualitätsbaustein hier im Stadtteil Mürwik entwickelt,
zu einem Lebensort für Menschen aller Generationen.

Durch die Kooperation mit dem Haus der Familie gab es schon seit vielen Jahren die Angebote für alle Generationen, aber mit dem Zuschlag zum Mehrgenerationenhaus ist nun **der Funke übergesprungen.**

Wir erleben täglich, dass die Besucher unseres Hauses – ob jung oder alt – füreinander und miteinander Ideen entwickeln.

Die Für das Modellprojekt „Nachbarschaftszentrum“ aufgeführten Netzwerk- und Kooperationspartner haben ihre grundsätzliche Teilnahme bereits zugesichert.(ADS-Familienbildungsstätte / Schulen / Phänomenta / IHK / Stadt Flensburg – Bildungsbüro / Universität Flensburg) Zwischen der „Süderlücke“ und den Grundschulen, sowie der ADS – Familienbildungsstätte bestehen bereits gesicherte Zusammenarbeitsformen.

Beispiele dieser Arbeit sind u.a. : Elterncafé, Sprachförderung, Sprachkurs für Mütter mit

Migrationshintergrund: „Mama lernt Deutsch“, Treff für Leute ab 50, Selbstverteidigung: Win Tsun, Schularbeitenhilfe, Mittagstisch für Kindergarten – und Schulkinder, „Kinderparken“, offene Beratungsstunden, Rückengymnastik für Frauen, Babysitterkurse und seit neuestem ein „ Offener Treff“ für Jung und Alt mit der Möglichkeit zum Kennenlernen, Lesen, PC- Kenntnisse zu erwerben u.a.mehr.

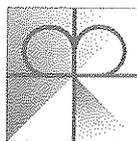
Für die Kindergartenkinder hat sich ergeben, dass Freiwillige zum Vorlesen kommen, oder zum Werken in der Holzwerkstatt.

Beispiele könnte ich noch viele benennen, ich habe aber für alle den aktuellsten Flyer mitgebracht.

Zum weiteren Ausbau des Netzwerk- und Kooperationskonzeptes bedarf es eines Stufenplanes, der insbesondere eine Überforderung der Netzwerker vermeidet.

Flensburg, den 15. März 2007

© Margit Kunstmann (Leiterin des ADS – Kindergartens und Mehrgenerationenhauses „Süderlücke“)



Anhörung des Sozialausschusses und des Bildungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 15. März 2007

Anhörung Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln

Sehr geehrte Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich dafür bedanken, dass wir heute die Möglichkeit haben, hier im Rahmen der Anhörung Ihrer Ausschüsse eine kurze Stellungnahme abzugeben.

Mit mir sitzt hier Frau Ute Heyn, Leiterin des Ev. Kindergartens in Borby, Eckernförde, die Ihnen gleich zusammen mit Frau Brozio, der Fachberaterin des Kirchenkreises Eckernförde, einige Ausführungen zur Entstehungsgeschichte und Umsetzung des Familienzentrum Eckernförde der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Borby e. V. machen werden.

Aus unserer Sicht ist es sehr zu begrüßen, dass sich der Landtag und die zuständigen Ausschüsse mit dem Thema Weiterentwicklung von Kindertagesstätten in Familienzentren befasst.

Dieses Thema und insbesondere das Thema frühkindliche Bildung, familienpolitische Notwendigkeiten, demographische Entwicklung etc. sind zurzeit die Megathemen in unserer Gesellschaft und somit ist es mehr als notwendig, dass sich der Landtag mit diesen Themen offensiv befasst. Die vorhandenen Notwendigkeiten werden ansatzweise in der Drucksache 16/1068 vom 15.11.2006 in der Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der Fraktion der CDU „Familienpolitik in Schleswig-Holstein ist eine Querschnittsaufgabe“ aufgegriffen.

Diese Ergebnisse sollten nun allerdings auch in konsequente Handlungsschritte umgesetzt werden. Unserer Auffassung nach reicht es nicht aus sich darauf zu konzentrieren, dass – wie in unserem heutigen Falle – Kindertagesstätten mit ihrem Rechtsträger, (unserem speziellen Fall aus kirchlich-diakonischer Verantwortung), auf den Weg machen und sich weiter entwickeln zu Familienzentren, und dies lediglich dadurch, dass die Landesregierung durch Öffentlichkeitsarbeit unterstützt und hierzu weiterhin vertiefende Informationen der Landesregierung bereitgestellt werden.

Lassen Sie es mich an dieser Stelle sehr deutlich formulieren, das reicht nicht, dass ist zu wenig!

Indem wir in Schleswig-Holstein das Thema frühkindliche Bildung, familienpolitische Konsequenzen und Vereinbarkeit von Beruf und Familie proklamieren, wie es im übrigen ja auch andere Bundesländer tun, und wir werden gleich hören, wie dies in Nordrhein-Westfalen geschieht, so müssen wir uns auch offensiv Gedanken darüber machen, wie in den einzelnen Verantwortlichkeiten Weiterentwicklungen, die zukunftsfähig und nachhaltig sind, verabredet werden können. Für die Trägerseite von Kindertageseinrichtungen, und hierbei spreche ich sicherlich nicht nur für die Träger von evangelischen Kindertageseinrichtungen, nehme ich eine große Bereitschaft wahr, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Auf der anderen Seite sehe ich auch eine große Ernüchterung, wenn die Zukunftsthemen von der Politik lediglich vorgegeben werden, aber keinerlei „Begleitmusik“ in Form von tatsächlicher Begleitung und Unterstützung für die jeweiligen Einrichtungen vor Ort passiert. Ich meine damit ganz konkret, dass die zur Zeit massive Weiterentwicklung des Kindertagesstättenbereiches (Leitlinie Umsetzung, Leitlinie Bildungsauftrag, Weiterentwicklung zu Familienzentren etc.) die Einrichtungen zum Teil an ihre Grenzen führen, da hier die Rahmenbedingungen struktureller und somit finanzieller Art unzulänglich sind. Dies sollte bei Ihrer weiteren Beratung im Ausschuss, wie im Landtag, berücksichtigt werden, denn es kann weder Ihr geschweige denn unser Interesse sein, dass Einrichtungen durch immer neue Anforderungen überfordert werden.

Dies dürfen Sie gerne als kleinen Exkurs zur allgemeinen Kindertagesstättensituation werten.

Gleichwohl möchte ich deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir als Verband gerne bereit sind, bei der Weiterentwicklung von Kindertagesstätten in Familienzentren offensiv mitzuwirken und dieses wichtige Thema gemeinsam zu bearbeiten. Dies setzt voraus, dass zunächst ein Gesamtkonzept für Familienzentren in Schleswig-Holstein unter Beteiligung der Verantwortlichen entwickelt werden sollte. Dies beinhaltet auch, dass über die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen gesprochen werden muss, und dass auch über Zuständigkeiten von Ministerien, Klärungen erfolgen müssen.

Lassen Sie mich nunmehr überleiten zu Frau Heyn und Frau Brozio, die an einem konkreten Beispiel, nämlich des Familienzentrums Eckernförde Borby, berichten können, wie eine Weiterentwicklung einer Kindertagesstätte vor Ort zu einem Familienzentrum aussehen kann.

Markus Potten
Geschäftsführer VEK

Eckernförde

- **Kreisangehörige Stadt**, Kreis Rendsburg-Eckernförde
- **Stadtgebiet:** Über 18 km² erstreckt sich das Stadtgebiet am Rande der Eckernförder Bucht, die etwa 15 km tief ins Land greift.
- **Bevölkerung:** ca. 23.000
Im Verflechtungsbereich (10 km Umland) leben einschließlich der Stadtbevölkerung ca. 42.000 Menschen.

Kindertagesstätten als Orte der Arbeit mit Kindern und Familien

- den gesetzlichen Auftrag umsetzen
- eine Erziehungspartnerschaft mit den natürlichen Erziehern der Kinder eingehen
- eine Mehrgenerationenperspektive einnehmen

Ev. Kindergarten Borby-Eckernförde
Borbyer Pastorenweg 1
D-24340 Eckernförde-Borby

- Vierzügige integrative Einrichtung
- 80 Kinder
- Sieben Erzieherinnen, eine Heilpädagogin, freigestellte Leitung

Kindertagesstätten als Orte der Arbeit mit Kindern und Familien

- Projekte im Rahmen der Bildungsleitlinien
- Öffnung der Kindertagesstätte als Ort der Begegnung, niederschweligen Sozialen Arbeit sowie der Bildung

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 16 / 1863

Kindertagesstätten als Orte der Arbeit mit Kindern und Familien

• Schritt 1:

Angebote für Eltern, Erziehungsberechtigte, Großeltern und Verwandte zur Evaluierung der Akzeptanz nach dem Konzept ‚Gemeindenahe Arbeit für Familien in Kooperation mit Kindertagesstätten‘:

- Spielstunden
- Musik und Turnen
- Gesprächskreise zu Erziehungsfragen
- Babysitterkurs
- Ausbildung von Kindertagespflegepersonen
- Kreatives Gestalten für Großeltern und Enkel
- ...

Kindertagesstätten als Orte der Arbeit mit Kindern und Familien

• Schritt 2:

„Familienzentrum Eckernförde der Ev. Luth. Kirchengemeinde Borby e.V.“

- „Zielsetzung ist die Stärkung der Erziehungskraft und die Verbesserung der Lebenssituation von Familien. Dieses soll erreicht werden durch den Ausbau eines Systems offener Erziehungshilfen in Kooperation mit anderen Institutionen der Stadt Eckernförde.“
- Gemeinnützigkeit
- Anerkennung als Freier Träger
- Angebote der Kindertagesstätte mit denen des Trägers bündeln
- Kooperation mit Wirtschaft und Politik

Familienzentrum Eckernförde

Aufgaben und Ziele:

- Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken
- Das Gespräch der Generationen fördern
- Nachbarschaftshilfe ausbauen

Familienzentrum Eckernförde

- Die integrative Kindertagesstätte entwickelt sich zu einem Early Excellence Centre.
- Mit der Einrichtung einer Vermittlungsstelle für Kindertagespflege wird auf die Nachfrage nach früherer und längerer Kinderbetreuung reagiert.
- Durch Qualifizierung bzw. Fortbildung von Kindertagespflegepersonen kann ein weiterer Beitrag zur Vereinbarung von Familie und Beruf geleistet werden.
- Ein Eltern-Cafe bietet Gelegenheit zum nachbarschaftlichen Austausch.
- Angebote der Familienbildung und -beratung unterstützen die Erziehungsfähigkeit der Eltern.
- Verschiedenste Leistungen im Bereich der Senioren- und Erwachsenenbildung sowie der Jugendarbeit :
 - Mittagstisch, Internet-Cafe, Tandem-Ausbildung zur Seniorenbegleitung, Bildungsangebote wie Gesprächs- Tanz-, Gesangs- und Musikgruppen, Freizeiten, Jugendgruppen und -chöre, Spielkreise sowie Mutter-Kind-Gruppen u.a.m. .

**Ministerium für Generationen, Familie,
Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen**

***MD Dr. Beate Wieland
Abteilung Generationen und Familie***

Vorlage zur Anhörung

"Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln"

im Schleswig-Holsteinischen Landtag

am 15.03.2007

Familienzentren in Nordrhein-Westfalen

Die Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, Nordrhein-Westfalen zum kinder- und familienfreundlichsten Land in Deutschland zu machen. Ein Meilenstein auf diesem Weg ist die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren. Ziel eines Familienzentrums ist die Bereitstellung eines breiten und niederschweligen Angebots zur Förderung und Unterstützung von Kindern und Familien in unterschiedlichen Le-

benslagen. Familienzentren sollen Familien als Ganzes ansprechen. Sie wenden sich an alle Familien in ihrem Umfeld und eröffnen Zugänge für Menschen und Institutionen aus dem Sozialraum. Somit sollen Familienzentren zu Knotenpunkten in einem neuen Netzwerk werden, das Kinder individuell fördert und Familien umfassend berät und unterstützt.

Konzeptionell wurde gezielt auf die Tageseinrichtung für Kinder als Ausgangspunkt für ein Familienzentrum gesetzt: Sie ist in der Regel die erste außerhäusliche Einrichtung, in der Kinder viel Zeit verbringen und ein vertrauensvoller Kontakt zwischen Erzieherinnen und Eltern entsteht. Weil die "Kita" für die Eltern eine gewohnte und vertraute Umgebung ist, bietet sich gerade hier die große Chance, ein ganzheitliches Konzept der Familienförderung zu etablieren. Die wichtigsten Säulen der Familienzentren sind neben den Angeboten der Kinderbetreuung und -bildung die Familienberatung und die Familienbildung. Darüber hinaus sollen Familienzentren weitere Leistungen bündeln, so insbesondere die Kindertagespflege und Angebote für die Familien mit Zuwanderungsgeschichte. Familienzentren sollen so zu "Leitstellen" für die sozialen Gestaltungsprozesse im Stadtteil werden.

Die Pilotphase zur Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren in Nordrhein-Westfalen begann Anfang des Jahres 2006

mit einer landesweiten Ausschreibung. Darin forderte das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) die Jugendämter, die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die Kirchen und freigewerbliche Träger auf, bis zum 31.03.2006 geeignete Piloteinrichtungen für die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren zu benennen. In der Zeit vom 10. Januar 2006 bis 31. März 2006 gingen über 1.000 Bewerbungen von Kindertageseinrichtungen aus ganz Nordrhein-Westfalen ein, d.h. über 10 % der rund 9.700 Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen haben sich beworben. Dieser Rücklauf übertraf die Erwartungen des Ministeriums deutlich.

Das MGFFI hat – unterstützt vom nordrhein-westfälischen Institut für Arbeit und Technik – die Auswahl der Piloteinrichtungen vorgenommen. Dabei sind die Empfehlungen der Jugendämter, die meist Ergebnis trägerübergreifender Abstimmungsprozesse waren, weitgehend eingeflossen. Weiterhin wurde bei der Auswahl auf möglichst weitgehende Träger-, Stadtteil- und Sozialraumverteilung sowie die Verankerung der Kindertageseinrichtung vor Ort Wert gelegt.

Aufgrund der hohen Anzahl der Bewerbungen entschloss sich die Landesregierung dazu, nicht wie ursprünglich beabsichtigt 178 (Anzahl der Jugendamtsbezirke in Nordrhein-Westfalen), sondern insgesamt 251 Pi-

lotprojekte für die Zeitdauer der Umsetzungsphase vom 31. März 2006 bis zum 30. Juni 2007 auszuwählen; damit wurde jede vierte eingegangenen Bewerbungen berücksichtigt. Die Auswahl der pro Jugendamtsbezirk vergebenen Piloteinrichtungen wurde wie folgt gestaffelt:

- grundsätzliche eine Piloteinrichtung je Jugendamtsbezirk;
- Kreise mit großer Fläche beziehungsweise weit auseinander liegenden Kommunen und wenigen Stadtjugendämtern: zwei Piloteinrichtungen (20 Kreise);
- Städte mit mehr als 100.000 und weniger als 250.000 Einwohnern; zwei Piloteinrichtungen (17 Städte);
- Städte mit mehr als 250.000 und weniger als 500.000 Einwohnern: drei Piloteinrichtungen (acht Städte);
- Städte mit mehr als 500.000 und weniger als 800.000 Einwohnern: vier Piloteinrichtungen (vier Städte: Düsseldorf, Duisburg, Essen und Dortmund);
- Städte mit mehr als 800.000 Einwohnern: fünf Piloteinrichtungen (eine Stadt: Köln).

Ende Juni 2006 wurden im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung das externe Projektmanagement (Institut für soziale Arbeit e.V., Münster – ISA) und die wissenschaftliche Begleitung (Pädagogische Qualitäts-

Informations-Systeme gGmbH, Berlin – PädQUIS) ausgewählt. Seit Sommer 2006 organisiert ISA Beratung und Unterstützung der Piloteinrichtungen durch professionelle Coaching-Teams, Fortbildungsangebote für Führungskräfte sowie diverse Fachveranstaltungen. Daneben unterstützen regionale Kompetenzteams die ausgewählten Einrichtungen in ihrer praktischen Entwicklungsarbeit. Der Wissenstransfer wird durch die Internetseite des Landesprojektes Familienzentren www.familienzentrum.nrw.de gewährleistet, auf der alle wichtigen Ergebnisse der Pilotphase, Informationen und aktuellen Veranstaltungshinweise aufgeführt werden.

Neben dem Projektmanagement wird das Landesprojekt Familienzentren durch die wissenschaftlichen Begleitung PädQUIS unterstützt. Die zentrale Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung ist die Entwicklung eines Gütesiegels für nordrhein-westfälische Familienzentren. Dazu hat PädQUIS bereits im August 2006 in Abstimmung mit dem MGFFI "Orientierungspunkte für die Entwicklung von Familienzentren" konzipiert und der Trägerlandschaft vorgelegt. Sie dienen als Diskussionsgrundlage, um den inhaltlichen Rahmen der Anforderungen von Familienzentren abzustechen, die in das Gütesiegel einfließen werden. Das Papier hat eine breite Diskussion ausgelöst.

Die wissenschaftliche Begleitung hat die Anregungen und Stellungnahmen ausgewertet und für die Entwicklung des Gütesiegels genutzt. Mit dem Konzept für das Gütesiegel, das dem MGFFI vorliegt, sollen nunmehr insbesondere diejenigen Leistungen und Strukturen einer Einrichtung erfasst werden, die über die Wahrnehmung der für alle Kindertageseinrichtungen geltenden Kernaufgaben der Bildung, Erziehung und Betreuung hinaus ein Familienzentrum ausmachen. Das Gütesiegel umfasst vor allem Leistungen und Strukturen, die für die Bereitstellung eines niederschweligen Angebots zur Förderung und Unterstützung von Familien wesentlich sind und in der Praxis nicht zum allgemeinen Standard von Tageseinrichtungen gehören.

Das Gütesiegel gliedert sich in sogenannte Leistungsbereiche (Beratung und Unterstützung von Kindern und Familien; Familienbildung und Erziehungspartnerschaft; Kindertagespflege; Vereinbarkeit von Beruf und Familie) und Strukturbereiche (Sozialraumbezug; Kooperation und Organisation; Kommunikation; Leistungsentwicklung und Selbstevaluation). Jeder dieser Bereiche besteht aus Basis- und Aufbauleistungen, für die Punkte vergeben werden. Um das Gütesiegel zu erhalten, muss eine Einrichtung eine festgeschriebene Mindestanzahl von Punkten erreichen. Werden in einem bestimmten definierten Umfang Leistungen (gemessen an der erreichten Punktezahl) erbracht, erhält die Einrichtung das Güte-

siegel. Zugleich soll jede Einrichtung auf Wunsch ein differenziertes Qualitätsfeedback erhalten, das diese für ihre Organisationsentwicklung nutzen können.

In einigen Kommunen haben sich mehrere Tageseinrichtungen zu einem Verbund zusammengeschlossen, der ein gemeinsames Familienzentrum entwickeln will. Es ist deshalb vorgesehen, für Verbünde das Gütesiegel in modifizierter Form als Möglichkeit der Gruppensertifizierung anzubieten.

Familienzentren, die über ein vom Land anerkanntes Gütesiegel als Familienzentrum verfügen, werden ab dem Kindergartenjahr 2007/2008 eine jährliche Förderung in Höhe von 12.000 EUR erhalten.

Bis zum Juni sollen die Pilotreinrichtungen zertifiziert werden. Ab dem Kindergartenjahr 2007/ 2008 kommt die nächste Runde von Familienzentren hinzu; geplant sind 750 neue Familienzentren. Der volle Ausbau mit avisierten 3.000 Familienzentren soll im Jahr 2012 erreicht sein.

Da die Gestaltung der örtlichen Infrastruktur der kommunalen Jugendhilfeplanung obliegt und die sozialraumbezogenen Kenntnisse der Jugendämter für den weiteren Ausbau der Familienzentren in die Fläche unver-

zichtbar sind, soll die Auswahl der Familienzentren künftig durch die Jugendämter bzw. durch die Kreise und Kommunen erfolgen.

Als Planungsgrundlage für die Verteilung der Familienzentren dient ein Schlüssel auf der Basis der Anzahl von Kindern von 0 bis 6 Jahren. Nach diesem Schlüssel wird – ausgehend von den Gesamtzahlen für den Ausbau der Familienzentren – für jeden Jugendamtbezirk ein Kontingent definiert, wie viele Familienzentren maximal gefördert werden können. Jedes Jugendamt erhält somit eine Planungsgrundlage, auf deren Basis es gemeinsam mit den freien Trägern die örtliche Entwicklung gestalten kann.